

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Finanzausschusses**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juni 2009  
– Drucksache 14/4755**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;  
hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaus-  
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-  
haltsjahr 2006  
– Beitrag Nr. 23: Bewirtschaftung von Personalunter-  
künften durch die Universitätsklinika**

### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juni 2009 – Drucksache  
14/4755 – Kenntnis zu nehmen.

24. 09. 2009

Die stellv. Vorsitzende und Berichterstatterin:

Ursula Lazarus

### Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/4755 in seiner  
50. Sitzung am 24. September 2009.

Die Berichterstatterin für den Finanzausschuss teilte mit, die Landesregie-  
rung verdeutliche in ihrem Bericht, dass aufgrund des Beitrags des Rech-  
nungshofs zum Thema „Bewirtschaftung von Personalunterkünften durch die  
Universitätsklinika“ diesbezüglich eine Reihe von Verbesserungen und Ein-  
sparungen erreicht worden seien. Andererseits habe sich auch manche Anre-  
gung nicht umsetzen lassen, da die hierzu notwendigen Maßnahmen nicht

dem Gebot der Wirtschaftlichkeit entsprechen würden und die erforderlichen Investitionen in keinem Verhältnis zum möglichen Ertrag stünden.

Sie komme zu dem Ergebnis, dass der Beratungsgegenstand als erledigt betrachtet werden könne, und schlage insofern vor, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

Ein Abgeordneter der SPD hob hervor, zu den vom Universitätsklinikum Heidelberg bewirtschafteten Unterkünften z. B. heiße es in dem Bericht, die Voraussetzung, dass zumindest der Verbrauch von Strom und Heizung je Wohneinheit erfasst werden könne, sei nicht gegeben.

*Eine technische Nachrüstung, um dies zu ermöglichen, ist aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten unrentabel.*

Dies bedeute, dass der Energieverschwendung Tür und Tor geöffnet werde. Es stelle sich durchaus die Frage, ob dies der richtige Weg sei, wenn eine Personalunterkunft auf Dauer gehalten werden solle.

Die zitierte Aussage erscheine ihm etwas zu pauschal. Irgendwann müsse sich eine Personalunterkunft auch wirtschaftlich tragen, es sei denn, sie werde abgerissen und neu gebaut. Er frage, ob es nicht auch unter ökologischen Gesichtspunkten grundsätzlich sinnvoll sei, individuelle Abrechnungen etwa für Strom und Heizung einzuführen, damit ein Anreiz für einen sorgfältigen Umgang mit Ressourcen bestehe.

Der Ministerialdirektor im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst erklärte, da die Untersuchungen zusammen mit dem Rechnungshof ange stellt worden seien, gehe er davon aus, dass der Aufwand, um eine verbrauchsabhängige Abrechnung zu ermöglichen, in der Tat in keinem angemessenen Verhältnis zum möglichen Ertrag stehen würde. Sein Haus könne dem aber gern noch einmal mit der Vermögens- und Hochbauverwaltung des Landes nachgehen.

Sodann fasste der Ausschuss einstimmig die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 14/4755 Kenntnis zu nehmen.

30. 09. 2009

Ursula Lazarus